

Asyl- und Flüchtlingspolitik als Thema der Politischen Bildung und Politikdidaktik

Im Rahmen der Seminarveranstaltung „Politik/Politische Bildung in Gesellschaftswissenschaften“ ermöglichte es Prof. Dr. Andreas Brunold Studierenden der Politikdidaktik an der Universität Augsburg einen aktuellen Einblick in das Spannungsfeld der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik aus der Perspektive der politischen Bildung zu geben. Unter den Themenblöcken „Asyl- und Flüchtlingspolitik auf dem Prüfstand I - VI“ wurden die Zugänge zu dieser komplexen Thematik im Zeitraum vom 11. November bis 16. Dezember 2015 multiperspektivisch angeboten.

Zur Annäherung an die Thematik stand zunächst eine Politikfeldanalyse der Migrations- und Integrationspolitik bzw. der Einwanderungs- politik in Deutschland im Fokus, danach die weitere Analyse der Fluchtursachen und Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Asyl- und Flüchtlingspolitik durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Es folgte ein Vortrag des Augsburger Bundestagsabgeordneten Dr. Volker Ullrich, der mit Hilfe eines von Studierenden entwickelten Interviewleitfadens v.a. die Positionen der CSU - aber auch die anderer Parteien - vortrug. Hierbei bot sich ein breites Forum zur Diskussion. Das Feld der Kommunalpolitik bzw. die Darlegung der Positionen von Städten und Kommunen, Hilfsorganisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft wurde von Dr. Stefan Kiefer, Sozialbürgermeister der Stadt Augsburg, vertreten. Dabei konnten die Studierenden an lokale Gegebenheiten anknüpfen, die durch den Besuch der größten Augsburger Asylbewerberunterkunft in der Schülestraße weiter vertieft wurden. Hier standen vor allem didaktisch-methodische Konzepte des „Lernens vor Ort“ im Vordergrund.

Einen Einblick in die verschiedenen Facetten und Aufgabenbereiche des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration bot Andreas Erwig an, Referent für die Integration von Asylbewerbern und Migranten. Die

Reihe zur Asyl- und Flüchtlingspolitik wurde mit der Erarbeitung und Vorstellung eines Planspiels bzw. einer Simulation zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union (EU) abgeschlossen. Hieran wurde deutlich, dass die EU in ihrer Handlungs- und Integrationsfähigkeit auf die Probe gestellt und ihre Grenzen als Solidargemeinschaft in Frage gestellt werden können.

Mit der Themenreihe erhielten die Studierenden einen authentischen Eindruck davon, welchen Herausforderungen sie sich künftig als Lehrkräfte an der Schnittstelle zwischen Schule, ihrem pädagogisch-



Bundestagsabgeordneter Dr. Volker Ullrich (links) an der Universität Augsburg
Foto: privat

politischen Bildungsauftrag sowie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen haben. Nicht zuletzt wird in einer Stellungnahme der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) zum Thema „Politische Bildung für Flüchtlinge“ deutlich, dass als Grundlage für eine gelingende Integration sprachliche Kompetenzen und Berufsabschlüsse nicht aus-

reichen, sondern die Akzeptanz der Werte und zentralen Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie die aktive Mitwirkung an der Gestaltung unseres Gemeinwesens erforderlich sei (vgl. GPJE 2015). Die gegenwärtigen Problemlagen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zeigen auch auf, dass über Sprachunterricht und Einbürgerungstests hinaus die politische Bildung ein essentieller Bestandteil einer Integrationspolitik sein muss, die es ermöglicht, dass aus Migranten demokratisch-mündige Bürger werden können.

Der demokratische Umgang mit Heterogenität in politischen Bildungskontexten sollte sich dabei an den folgenden übergeordneten Zielsetzungen orientieren: Politische Bewusstseinsbildung, Aufbau demokratischer Wertorientierungen, Entwicklung von politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie Methodenkompetenz, Befähigung zur Teilhabe und Teilnahme an der partizipatorischen und deliberativen Demokratie in der Bürger- und Zivilgesellschaft (Brunold 2010, S. 203 f.). Dies schließt allerdings

eine am Verfassungspatriotismus und eine an den Wertennormen der Verfassung orientierte politische Bildung unabdingbar mit ein. Diese Ziele kommen auch in einem parlamentarischen Antrag an die Bundesregierung zur Sprache, in dem diese aufgefordert wird, bei der Weiterentwicklung und Förderung der politischen Bildung ebenfalls verstärkt die Belange von Migranten mit einzubeziehen. Gerade Zugewanderten seien die Grundzüge der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vermitteln, um Integration auch politisch und in demokratischem Sinne gelin-



Quelle: BAMF / K. Otto

gen zu lassen. Über die nationalstaatliche Perspektive hinaus sei weiter die europapolitische sowie eine an den Erfordernissen der globalisierten Arbeits- und Wirtschaftswelt orientierte politische Bildung besonders notwendig (vgl. Deutscher Bundestag 2008).

Bei der Frage einer erweiterten politischen Teilhabe bzw. größerer Partizipation für Lernende mit Migrationshintergrund gilt es deshalb, sich von einem allzu einfachen Begriff der Integration, der allein auf Spracherwerb und die Vermittlung relevanten Faktenwissens abzielt, zu verabschieden (Brunold 2010, S. 209). Für den Politikunterricht bedeutet dies, dass sich politische Bildungsziele - insbesondere in Klassen mit hohem Migrantenanteil - stets an den Leitprinzipien und Normen von Verfassung bzw. Grundgesetz zu orientieren haben und diese sich widerspruchsfrei ausformulieren lassen. An der Aufarbeitung von Diskrepanzerfahrungen sowie der Berücksichtigung unterschiedlicher „Lebenswirklichkeiten“ lässt sich aufzeigen, dass - aufgrund differenter Erfahrungen von Gesellschafts-, Kultur- und Traditionsnormen - politisches Lernen vor allem bei Migranten muslimischen Glaubens zu

erheblichen Identitätskrisen führen kann. Dies haben nicht zuletzt die Ausschreitungen mit ihren fatalen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen gezeigt (Brunold 2010, S. 212). Dabei geht es nicht selten um ethisch-moralisch sowie religiös andersartig besetzte Wertvorstellungen, die vor allem den Einfluss des Staates auf die Familienpolitik und Erziehungspraxis zurückzudrängen gedenken, was sich nicht zuletzt an den Grenzen des Gleichheitsprinzips im Genderverständnis zeigt.

Unabdingbar für weitere Aspekte wäre es hier, Lernende unter ihrem jeweiligen Migrationshintergrund zu betrachten, denn Schüler mit polnischen oder russischen Wurzeln sind gänzlich anders sozialisiert als jene, die aus dem arabischen Raum stammen oder auch jene, die einen türkischen Migrationshintergrund haben. Wieder anders stellt sich die Situation bei Schülern aus dem Kosovo oder anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawien dar (Brunold 2010, S. 214 f.). Für diese Herausforderung ist die politische Bildung sowohl auf universitärer Ebene als

auch in allen schulischen und außerschulischen Bereichen prädestiniert.

Prof. Dr. Andreas Brunold, Universität Augsburg

Literatur:

- Brunold, Andreas 2010: Politisches Lernen zwischen Heterogenität und Bildungserfolg, in: Weißeno, Georg (Hrsg.), Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1050, Bonn, S. 203 - 217.
- Deutscher Bundestag 2008: Drucksache 16/9766 vom 25.06.2008. Online unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609766.pdf> (abgerufen am 26.05.2016).
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) 2015: Politische Bildung für Flüchtlinge. Online unter http://www.gpje.de/Stellungnahme_pB_Integration_2015.pdf (abgerufen am 26.05.2016).